

Rede Robert Reinhardt-Klein

FDP-Fraktionsvorsitzender Region Hannover

07.10.2026

Liebe Freundinnen und Freunde,

meine Damen und Herren,

der 7. Oktober 2023 ist ein Tag, den wir nicht vergessen dürfen.

Menschen wurden ermordet.

Menschen wurden verschleppt, misshandelt und vergewaltigt.

Familien wurden auseinandergerissen.

Und junge Menschen gingen auf das Nova-Festival, um etwas zu tun, das für uns alle selbstverständlich sein sollte:

Musik hören.

Feiern.

Tanzen.

Das Leben genießen.

Dann kam der Terror.

Heute erinnern wir an diese Menschen.

An die Opfer.

An ihre Familien und Freunde.

Und an all diejenigen, die bis heute mit den Folgen dieses Tages leben müssen.

Aber ich finde: Wenn wir heute hier zusammenkommen, dann darf es nicht nur darum gehen, zurückzuschauen.

Wir müssen auch darüber sprechen, was seit dem 7. Oktober bei uns passiert ist.

Und das macht mir Sorgen.

Jüdinnen und Juden werden in Deutschland angefeindet und bedroht. Menschen überlegen sich, ob sie ihre Kippa offen tragen können. Jüdische Einrichtungen müssen geschützt werden. Und auf deutschen Straßen wurde der Terror der Hamas bejubelt, gerechtfertigt oder relativiert.

Ich hätte nicht gedacht, dass wir im Jahr 2026 in Deutschland wieder über solche Dinge sprechen müssen.

Und ich finde: Wir dürfen es uns beim Antisemitismus nicht bequem machen.

Wenn er von rechts kommt, müssen wir ihn benennen.

Wenn er aus islamistischen Milieus kommt, müssen wir ihn benennen.

Und wenn er von links kommt und sich hinter vermeintlicher Israelkritik versteckt, müssen wir ihn genauso benennen.

Dabei muss Kritik an der israelischen Regierung und ihrer Politik selbstverständlich möglich sein. Auch scharfe Kritik.

Aber es gibt eine Grenze.

Diese Grenze ist überschritten, wenn aus Kritik an einer Regierung Hass auf Jüdinnen und Juden wird.

Wenn Israel das Existenzrecht abgesprochen wird.

Oder wenn der Terror des 7. Oktober verharmlost oder relativiert wird.

Und deshalb beunruhigt es mich, wenn politische Kräfte stärker werden, in deren Reihen solche Grenzen immer wieder überschritten werden.

Bei der AfD erleben wir Rechtsextremismus, Geschichtsrelativierungen und Angriffe auf unsere Erinnerungskultur.

Und auch in Teilen der politischen Linken erleben wir Positionen zu Israel, bei denen für mich eine Grenze überschritten wird.

Darum sage ich ganz klar:

Für Antisemitismus darf es keinen politischen Rabatt geben.

Nicht von rechts.

Nicht von links.

Und auch nicht unter dem Deckmantel von Religion.

Gerade hier, am Holocaustmahnmal, bekommt der Satz „Nie wieder“ eine besondere Bedeutung.

„Nie wieder“ darf keine Floskel sein.

Es bedeutet nicht nur, einmal im Jahr einen Kranz niederzulegen.

Es bedeutet nicht nur, eine Rede zu halten.

„Nie wieder“ bedeutet, den Mund aufzumachen, wenn es darauf ankommt.

Es bedeutet, nicht wegzuschauen.

Und vor allem bedeutet es: nicht erst aufzustehen, wenn es zu spät ist.

Wir müssen vorher aufstehen.

Wenn Menschen ausgegrenzt werden.

Wenn Hass normalisiert wird.

Wenn aus Worten Bedrohungen werden.

Wenn Jüdinnen und Juden Angst haben, als Jüdinnen und Juden erkennbar zu sein.

Dann geht uns das alle etwas an.

Und deshalb müssen wir den Jüdinnen und Juden hier in Hannover und überall in Deutschland ganz klar sagen:

Ihr seid nicht allein „Trust me, we will dance again.“

Ich finde, dieser Satz passt auf eine ganz besondere Weise.

Denn Terror will genau das Gegenteil.

Terror will Angst.

Terror will, dass Menschen sich verstecken.

Dass sie ihre Freiheit verlieren.

Dass das Leben leiser wird.

Dass Musik verstummt.

Und deshalb ist „We will dance again“ für mich viel mehr als ein hoffnungsvoller Satz.

Es ist eine Antwort.

Eine Antwort an diejenigen, die glauben, mit Hass und Terror über das Leben anderer Menschen bestimmen zu können.

Wir werden uns nicht einschüchtern lassen.

Wir werden nicht vergessen.

Wir werden jüdisches Leben verteidigen.

Und wir werden unsere Freiheit verteidigen.